

# Pulsnitzer Wochenblatt

Sernspredher: Nr. 18.

Bezirks-Anzeiger

und Zeitung

Telegr.-Adr.: Wochenblatt Pulsnitz

Erscheint: Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend.

Mit „Illustr. Sonntagsblatt“, „Landwirtschaftlicher Beilage“ und „Für Haus und Herd“.

Abonnement: Monatlich 45 Pf., vierteljährlich Mk. 1.25 bei freier Zustellung ins Haus, durch die Post bezogen Mk. 1.41.

## Amts-



## Blatt

des Königl. Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz

Inserate für denselben Tag sind bis vormittags 10 Uhr aufzugeben. Die fünf mal gespaltene Zeile oder deren Raum 12 Pf., Lokalpreis 10 Pf. Reklame 25 Pf. Bei Wiederholungen Rabatt.

Seitraubender und tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. Erfüllungsort ist Pulsnitz.

Amtsblatt für den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz, umfassend die Ortshafte: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Vollung, Großröhrsdorf, Bretzig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- u. Niederlichtenau, Friedersdorf-Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf.

Druck und Verlag von E. L. Sörster's Erben (Inh.: J. W. Mohr). Expedition: Pulsnitz, Bismarckplatz Nr. 265.

Verantwortlicher Redakteur: J. W. Mohr in Pulsnitz.

Nr. 107.

Sonnabend, den 5. September 1908.

60. Jahrgang.

Auf dem die Firma August Günther in Niedersteina betreffenden Blatte 65 des hiesigen Handelsregisters ist heute eingetragen worden, daß die Gesellschaft aufgelöst ist, daß der Gesellschafter Herr Ernst Otto Günther in Niedersteina ausgeschieden ist und daß der Kaufmann Herr Oskar Anton Günther in Niedersteina das Handelsgeschäft und die Firma fortführt.

Pulsnitz, am 2. September 1908.

Königliches Amtsgericht.

## Dienstag, den 8. September 1908: Viehmarkt in Pulsnitz.

### Das Wichtigste vom Tage.

Der Verein für Radwettkfahren in Dresden hat den Bau einer neuen Radrennbahn in Reich beschlossen. Die Chemnitzer Stadtverordneten bewilligten für die Zeppelin-Spende 6000 Mk. In Grimnitzschau ist bei dem Brande einer Wigogne-niederlage Baumwolle im Werte von 100 000 Mk. verbrannt und Maschinematerial im Werte von 40 000 Mk. zerstört worden. In Lauternberg (Harz) fand gestern die Enthüllung des Bismanns-Denkmalts statt. Wegen Uebermittlung der Döberitzer Kaiserrede an die Presse sollen zwei Gardeoffiziere verabschiedet worden sein. Der 3. internationale Philosophenkongreß, — der gegenwärtig in Heidelberg tagt — wählt als Ort der nächsten Tagung im Jahre 1911 Bologna. Frankreichs Antwort auf die deutsche Marokkonote ist in Berlin eingelaufen. Der holländische Panzerkreuzer „Friesland“ ist gestern abend nach den venezolanischen Gewässern in See gegangen; vorläufig wird die Marineverwaltung Hollands keine weitere Verstärkung dorthin schicken. Im Pazifik hat sich eine schwere Schiffskatastrophe ereignet. Die jüngsten Kämpfe bei Marrakesch endeten mit dem Siege der Anhänger Muley Hafids über den Raib Mtugi, der in seine Kasbah eingeschlossen ist.

### Zur Wahlrechtsreform.

Die „Sächsischen Politischen Nachrichten“, konservative Korrespondenz für das Königreich Sachsen, schreiben: In dem Organ der Mittelstandsvereinigung erschien eben wieder ein Artikel zur Wahlrechtsreform, offenbar aus der Feder desselben Verfassers, dessen Schreibweise bei hervorragenden Mitgliedern der Mittelstandsvereinigung selbst Kopfschütteln erregt hat und, wie uns mehrfach gesagt wurde, dem Geschmach der meisten Mitglieder dieser Vereinigung nicht entsprechen dürfte. Der Artikel verteidigt namentlich die Körper-schaftswahlen. Allein diese Ausführungen beruhen ebenso, wie bei den früheren Artikeln, auf einer ganz falschen Voraussetzung. Es ist durchaus unrichtig, daß nach dem Wahlrechtskompromiß die großen Städte der Sozialdemokratie ganz anheimfallen werden. Der Verfasser sollte doch wissen, daß Leipzig und Dresden-Mittstadt selbst unter dem freiesten Wahlrecht der Welt, nämlich unter dem Reichstagswahlrecht, nationale Männer in den Reichstag geschickt haben. Mag man auch zugeben, daß die letzte Reichstagswahl sich unter sehr günstigen Verhältnissen vollzog, so kann doch kein Zweifel darüber sein, daß mit dem Pluralwahlrecht nicht nur in Dresden-Mittstadt und Leipzig, sondern selbst in Städten wie Chemnitz, Zwickau und Dresden-Neustadt mehr als die Hälfte der Mandate den nationalen Parteien zu-fallen werden. Es ist zu bedenken, daß die Großstädte in mehrere Wahlkreise eingeteilt, und nur die eigent-lichen Arbeiterviertel der Sozialdemokratie anheimfallen werden. Die Wahlkreise, die voraussichtlich nach dem Wahlrechtskompromiß sozialdemokratisch vertreten sein würden, sind nur zu einem Teile in den Großstädten zu suchen. Die eigentlichen Hochburgen der Sozialdemo-kratie sind die Vororte der großen und mittleren Städte, nicht aber diese Städte selbst. Es werden, daran kann nicht der mindeste Zweifel sein, die Großstädte nach dem Wahlrechtskompromiß zum mindesten ebensoviele nationale Abgeordnete in den Landtag senden, wie nach der Regierungsvorlage. Dafür spricht auch der Umstand, daß die Regierungsvorlage mit etwa 20 sozialdemokratischen Mandaten rechnet, das Wahlrechts-kompromiß mit etwa 16.

Unverständlich ist es, wie der Verfasser bei seiner Ar-gumentation außer den Großstädten, sowie Zwickau und Plauen noch andere mittlere Städte mit heranziehen kann. Er weiß doch, daß nach der Regierungsvorlage nur in Dresden, Leipzig, Chemnitz, Zwickau und Plauen die Ge-meindevertretungen die Abgeordneten wählen sollen, in allen übrigen Bezirken aber die Bezirksvertretungen, also Stadt und Land gemeinsam. Im weiteren Teile seines Artikels beschäftigt sich denn auch der Verfasser nur noch mit den Großstädten, und da traut man seinen Augen nicht, solche Ausführ-ungen von einem Vertreter der Mittelstandsvereinigung zu lesen.

Der Verfasser berechnet, wieviel Vermögen in den Großstädten konzentriert, wieviel Einkommen dort versteuert wird, und kommt hieraus zu der Ueberzeu-gung, daß die großstädtischen Interessen als die wich-tigsten besonders staatlich geschützt werden müssen. Wir müssen sagen, das ist die politische Auffassung eines Warenhauspolitikers, nicht aber die Ansicht der wirklichen Mittelstandsvertreter.

Nicht die Großstädte, sondern die mittleren und kleinen Städte und das platte Land sind die eigent-lichen Festungen des Mittelstandes. Die hohen Steuerleistungen der Großstädte rühren bekanntlich gerade nicht in erster Linie von dem dort wohnenden Mittel-stande her, dessen Interessen selbstverständlich auch mit allem Nachdruck gewahrt werden müssen, sondern davon, daß der Reichtum aus dem ganzen Lande in den Großstädten zusammenströmt. Diese gewaltige Be-reicherung der Großstädte hängt mit einer minder gün-stigen Entwicklung der Provinz zusammen. Die Groß-städte entziehen dem übrigen Lande die Arbeitskräfte, nachdem dieses sie erst unter sehr erheblichen Opfern groß gezogen hat; der Mann, der auf dem Lande seine Schätze gesammelt hat, zieht als Rentier in die Großstadt; in den Großstädten konzentriert sich vor allem auch jenes keinerlei soziale Rücksicht nehmende, in den Händen, we-niger über die Gebühr und unnatürlich wachsende Großkapital, das das mittlere und Kleingewerbe ruiniert und den selbständigen Mittelstand aus-schwerst schädigt. Auch auf die Steuerleistungen dieses Großkapitals beruft sich also jetzt ein Vertre-ter der Mittelstands-Vereinigung!

Wir verkennen keineswegs die enorme Be-deutung der Großstädte, den großen Nutzen, den sie in vieler Hinsicht volkswirtschaftlich und geistig bringen. Wir wünschen deshalb auch durchaus, daß den Großstädten eine entsprechende Vertretung im Landtag gegeben werde. Das Wahlrechtskompromiß berücksichtigt jedoch auch, wie wir schon darlegten, die Interessen der Großstädte in nicht geringerem Umfange als die Regie-rungsvorlage.

Ebenso geben wir zu, daß die höhere Steuerleistung ein Faktor ist, der bei Bestimmung der öffentlichen Fun-ktionen des einzelnen Staatsbürgers unter gewissen Verhältnissen und in gewissem Umfange mit beachtet werden soll. So ist es in Ermangelung eines in jeder Hinsicht besseren Maßstabes wichtig, wenn man, so lange ein gleiches Wahlrecht wegen der staatsfeindli-chen Haltung der Sozialdemokratie unmöglich ist, dem einzelnen Staatsbürger bei einer gewissen Steuer-leistung ein erweitertes Wahlrecht gibt, da für den Regel-fall auch die Bildung mit einem nicht ganz niedrigen Einkommen verbunden ist. Eine solche Berücksichti-gung der Steuerleistung rechtfertigt sich aber nur, wenn sie sich nur auf den einzelnen Staatsbürger bezieht. Der Millionenreichtum eines einzelnen kommt dann immer nur in einer sehr bescheidenen und geringen Höhe für diesen einzelnen zur Anrechnung.

Wie ist aber der Gedankengang des Verfassers jenes Artikels? Dieser sonderbare Mittelstands-

freund summiert den Reichtum auf Reich-tum in unverzinsten Beträgen; er addiert Milli-onen auf Millionen. Dann sagt er, diese Mil-lionen sind die wichtigsten Interessen des Landes, diese Millionen müssen vor allem im Landtag geschützt werden. Er will also nicht eine Berücksichtigung von Besitz und Bildung des einzelnen Staatsbürgers bei Bestimmung des Wahlrechts; nein, er will eine Berück-sichtigung des **zusammengebalkten** Kapitals als solchen!

Das ist der Tanz ums goldne Kalb und das Gegenteil von Mittelstandspolitik! Dieser Gedanke ist weiter nichts als die den Mittelstand zer-malmende Logik der Plutokratie. Nach die-ser Logik müssen die Reichen immer reicher und die Schwachen immer schwächer werden!

Der Mann zahlt mehr Steuern, also müssen seine Interessen entsprechend mehr ge-schützt werden. Das soll Mittelstandspolitik sein??

Wir verweisen auf unseren letzten Aufsatz: „Der Mittelstand und die Wahlrechtsreform“ und wiederholen nochmals: Das Wahlrechtskompromiß der beiden großen Parteien berücksichtigt die Interessen des Mittelstandes von Stadt und Land mehr als die Regierungsvorlage; es gibt dem Mittelstand in vier Fünfteln aller Wahlkreise die Ent-scheidung in die Hand, während das nach der Regierungsvorlage nur bei etwa einem Viertel aller Mandate der Fall ist.

Im übrigen wird der Verfasser jenes Artikels die Rolle eines freiwilligen Regierungskommissars ja nicht mehr lange spielen können, da nach unserer Kenntnis der Dinge die Wahlrechtsreform ohne seine Hilfe im bevorstehenden Landtag zustande kommen wird.

### Oertliches und Sächsisches.

**Pulsnitz.** Die Schuldirektion bittet uns um Auf-nahme folgender Notiz: Bei Eintritt der näheren und kälteren Jahreszeit hält es die Schule für ihre Pflicht, die Eltern der Schülerschar dringend zu bitten, diese nicht vorzeitig zur Schule zu schicken. Der Unter-richt der Klassen I bis VI der A- und B-Abteilung, sowie der Unterricht der Klasse VII A1 beginnt punkt 7 Uhr. Die Kinder können keinesfalls vor 7/7 Uhr eingelassen werden, weil vorher die gefällig benötigte Aufsicht fehlt. In den übrigen Klassen beginnt der Unterricht 10 Min. nach 9 Uhr, in einigen Fällen für die Mädchen (Hand-arbeiten) um 8 Uhr. Vor allem kommen die Kleinen der 7. und 8. Klasse viel zu zeitig zur Schule, was be-sonders bei ungünstiger Witterung nachteilig ist. Bereits eine volle Stunde vor Unterrichtsbeginn stellen sich einzel-ne ein, eine halbe Stunde vorher sind schon ganze Scharen anwesend. Es ist nicht durchzuführen, die Kleinen vor Beginn der Hauptpause (10 Min. vor 9 Uhr), das ist also immer noch 20 Minuten vor dem 10 Min. nach 9 Uhr erfolgenden Unterrichtsbeginn, einzulassen, da die zur Aufsicht nötigen Herren Lehrer mit Unterricht be-schäftigt sind und Herr Schulhausmeister Schwiebus sehr oft anderweit in Anspruch genommen ist, besonders in der ungünstigen Winterszeit durch Versorgung der Heizung. Zudem verursachen die Ankommenden durch Lärmen oft-mals Störungen des Unterrichts; ein Herumtreiben auf den Straßen ist aber auch unerwünscht. So bittet denn die Schule bringend alle Eltern, ihre Kinder, besonders die Kleinen, nur rechtzeitig, aber nicht vorzeitig zur Schule zu senden, so daß die letzteren unter allen Umständen nicht vor Beginn der Hauptpause an der Schule eintreffen.

**Pulsnitz.** „Wenn die Schwalben heimwärts ziehn“ — jangen unsre Väter und Großväter in diesen Tagen des sich seinem Ende neigenden Sommers und blühten wehmüternfüllten Herzens den Schwärmen der zur Abreise sich rüstenden Vögel nach. Man nenne das nicht Senti-mentalität, es liegt ein tiefes, wahres Empfinden in die-sem Gefühl, in dieser Betrachtung der abziehenden ge-

